

Anfragen zum Plenum in der 49. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern werden im Rahmen eines Testbetriebs der „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform VeRA“ polizeiliche Echtdaten ohne gesetzliche Grundlage zusammengeführt und weiterverarbeitet (bitte verwendete Datensätze, Beginn des Testbetriebs und ggf. gesetzliche Grundlage für die Datenverarbeitung angeben), weshalb wurde der Landesbeauftragte für den Datenschutz im Vorfeld nicht offiziell und schriftlich über den Testbetrieb mit Echtdaten informiert und um Einschätzung gebeten und inwiefern greift laut Auffassung der Staatsregierung das Legalitätsprinzip, sofern es im Rahmen des Testbetriebs zu Hinweisen auf Straftaten kommt (bitte auch angeben, ob und wie oft dieser Fall bereits eingetreten ist)?

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem durch die Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks am 30.11.2023 bekannt wurde, dass der Probebetrieb zu VeRa mit der Software Palantir seit März 2023 nach Kenntnisnahme des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 16.02.2023 (AZ: 1 BvR 1547/19; 1 Br 2634/20) in Bayern durchgeführt wurde bzw. wird und soweit die Anordnung des Probebetriebes tatsächlich stattfand und derselbe stattfindet, frage ich die Staatsregierung, wer hat wann (bitte auch auf Einbeziehung etwaiger Institutionen/Behörden, z. B. der Landesbeauftragte für den Datenschutz oder Vorgesetzten, z. B. der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration eingehen) und auf welchen Rechtsgrundlagen diesen Probebetrieb, bei dem konkrete polizeiliche Echtdaten verknüpft wurden bzw. werden (bitte genaue Angabe der jeweiligen Datensammlungen), unter Anfall von welchen Kosten angeordnet?

Dieter Arnold
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch nach ihrer Einschätzung die Aufschläge für Verbraucher und Endkunden sein werden, wenn Ende 2023 die Mautbefreiung für Erdgas-LKWs ausläuft, wie hoch werden nach ihrer Schätzung die Aufschläge sein, wenn gleichzeitig mit dem 01.12.2023 die LKW-Maut auf 200 Euro pro Tonne CO₂ erhöht wird und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um angesichts der steigenden Inflation und Kostenexplosionen für die Bürger weitere Kostensteigerung durch die LKW-

Maut-Erhöhung und das Ende der Mautbefreiung für Erdgas-LKWs zu kompensieren?

Nicole Bäuml
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es in Bayern zulässig, dass Auszubildende von Berufsschulen aus Kapazitätsgründen nicht aufgenommen werden?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Läufe einer „testweisen Datenverarbeitung“ an „echten Personaldaten“ mithilfe einer Software des US-Unternehmens Palantir, die die Staatsregierung unter dem Namen VeRa betreibt und die – ausweislich von Pressemeldungen z. B. unter der Überschrift „Bayerische Polizei testet Datamining mit echten Personendaten“ – „lediglich der internen Prüfung der Anwendung“ dienen soll und bei der angeblich „eine gesonderte Rechtsgrundlage im Polizeiaufgabengesetz [ist] nicht erforderlich“ sei, hat die Staatsregierung durchgeführt (bitte chronologisch offenlegen), vor dem Hintergrund der Verletzung welcher Rechtsvorschriften wurde jeder der Testläufe durchgeführt (bitte für jeden Testlauf die vollständige Paragrafenkette offenlegen) und aus welcher Rechtsgrundlage und/oder aus welchem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), z. B. vom 16.02.2023, AZ.: 1 BvR 1547/19, 1 BvR 2634/20, leitet die Staatsregierung ab, dass durch die Staatsregierung die Grundrechte der Bürger, also die Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, nicht beachtet werden brauchen, wie es die Staatsregierung als Begründung für einen „testweisen Betrieb der Datenbankanalyse-Software Palantir“ ausführt (bitte hierzu vorzugsweise die Stellen aus den genannten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zum Betrieb der Palantir-Software als Rechtsgrundlage offenlegen, auf die sich die Staatsregierung beruft)?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der aktuelle Stand der Besetzung der Härtefallkommission für die Corona-Soforthilfeforderungen, die in Einzelfällen darüber entscheiden soll, ob eine besondere Härte vorliegt und die Rückforderungen der Corona-Soforthilfen erlassen werden können, in wie vielen Fällen wurde die Kommission bereits eingesetzt und in wie vielen Fällen wurde ein Härtefall positiv beschieden?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang wurden im Vollzug der Haushalte 2021, 2022 und 2023 Kreditermächtigungen genutzt (bitte separate Angabe pro Jahr), in welchem Umfang wurden die wegen Corona beschlossenen Kreditermächtigungen in den Folgejahren für Ausgaben des Freistaates genutzt (bitte separate Angabe pro Jahr) und in welchem Umfang wurden diese Kreditermächtigungen jeweils in den einzelnen o. g. Jahren für Investitionen und die Hightech Agenda Plus genutzt (bitte Angabe in Euro)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche S-Bahn-Stationen bzw. S-Bahn-Streckenäste der S-Bahn München verfügen heute nur über 140 Meter lange Bahnsteige, welche S-Bahn-Stationen bzw. S-Bahn-Streckenäste der S-Bahn München sollen zukünftig

210 Meter lange Bahnsteige bekommen, damit auch Langzüge dort halten können, und warum bekommen die anderen S-Bahn-Stationen bzw. S-Bahn-Streckenäste der S-Bahn München keine 210 Meter langen Bahnsteige?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem das Nachtragshaushaltsgesetz 2019/2020 von der Staatsregierung im Dezember 2019 in den Landtag eingebracht, aber erst im Mai 2020 verabschiedet wurde, obwohl es auch Änderungen für das Jahr 2019 in Form einer weitgehenden Senkung der Schuldentilgung um 200 Mio. Euro in Kap. 13 60 enthielt, das Haushaltsjahr 2019 somit im Plan rückwirkend verändert wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie dieses Vorgehen im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 15.11.2023 (2 BvF 1/22) in Hinblick auf die vom Verfassungsgericht geforderte Vorherigkeit von Nachtragshaushalten bewertet, die sagt, dass nicht nur die Einbringung, sondern auch der Beschluss eines Nachtrags im jeweiligen Haushaltsjahr zu erfolgen hat, ob sie auch nach dem Urteil des BVerfG davon ausgeht, dass der Nachtragshaushalt in seiner Wirkung auf das Haushaltsjahr 2019 verfassungskonform ist, und wenn ja, weshalb?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum können im Schuljahr 2023/24 trotz Fortführung des bayerischen Programms „gemeinsam.Brücken.bauen“ keine FSJ-Stellen (FSJ = Freiwilliges Soziales Jahr) mehr an Schulen darüber finanziert werden, wie viele FSJ-Stellen wurden in den vergangenen Jahren über das Programm „Aufholen nach Corona“ an bayerischen Schulen finanziert (bitte nach Jahr und Schulart aufgeschlüsselt) und welche sonstigen Fördermöglichkeiten gibt es für Schulen, um eine FSJ-Stelle zu finanzieren (bitte nach Schularten auflgliedern)?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Laut dem Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIE WÄHLER vom 26.10.2023 ist festgehalten, „Wir werden auf Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber dann verzichten, wenn ein fester Arbeitsplatz oder ein Ausbildungsvertrag besteht und keine Straftaten oder Gefährdungslagen vorliegen. Auch Menschen, die auf absehbare Zeit nicht abgeschoben werden können, müssen schnellstmöglich in Arbeit gebracht werden. Wir werden dabei weitestgehend die Verweisung auf Visaverfahren vermeiden.“, weshalb ich die Staatsregierung frage, warum die Arbeitserlaubnisse von Irakerinnen und Irakern nicht verlängert werden (konkret – wie in der Frankenpost vom 04.11.2023 beschrieben – verlängert die Zentrale Ausländerbehörde Oberfranken die Arbeitserlaubnisse für Irakerinnen und Iraker nicht), obwohl die Mitglieder der Staatsregierung immer wieder verlautbaren lassen haben, dass Personen, die arbeiten, nicht abgeschoben werden sollen, wie die Staatsregierung das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, nämlich die Vermeidung der Verweisung auf Visaverfahren, konkret umsetzen möchte (bitte das Verfahren und die Zeitschiene für das Vorhaben benennen) und wie viele Personen haben aufgrund der Verweis der Ausländerbehörden auf das Visaverfahren in den

Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 Bayern verlassen und sind wieder zurückgekehrt?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele unerlaubte Einreisen wurden in Bayern im vierten Quartal 2023 bislang registriert, wie viele versuchte Einreisen wurden durch Zurückschiebung und Abweisung an der Grenze verhindert und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung zur Sicherung der Staatsgrenzen in Bayern?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist eine Verlängerung des Sonderprogramms „Kommunale Trinkbrunnen“ nach Nr. 2.4 der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) über den 31.12.2023 hinaus geplant, bis wann ist diesbezüglich mit einer endgültigen Entscheidung der Staatsregierung zu rechnen und falls ja, wie soll die Förderung konkret ausgestaltet werden (bitte auf Fördergegenstand, -empfänger, -voraussetzungen, -höhe und Geltungsdauer eingehen)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Blick auf die jüngsten Äußerungen und Stellungnahmen des Landrats und des Landkreises Würzburg zum Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets „Zeller Quellen“ (Zeller Stollen) frage ich die Staatsregierung, sieht sie den Landrat des Landkreises Würzburg als verfahrensleitenden Wahlbeamten – insbesondere im Hinblick auf seinen Besuch des Knauf-Bergwerks in Hüttenheim mit einer begleitenden Abordnung des Landratsamts Würzburg in ihrer Funktion als zuständige Kreisverwaltungsbehörde – noch als neutralen Verfahrensleiter für die Durchführung des Verfahrens zur Erweiterung des Wasserschutzgebietes „Zeller Quellen“ (siehe Pressemitteilung des Landratsamts Würzburg vom 08.11.2023), darf nach Ansicht der Staatsregierung die vom Landrat sowie von der IHK-Präsidentin auch gegenüber der Presse geäußerte Sorge um regionale Ressourcen (konkret: die Sorge um „Gips als Baustoff“), um eventuell nötige zusätzliche Aufwendungen im Straßenbau und um mögliche Einschränkungen bei der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben Einfluss auf die Entscheidung durch die Kreisverwaltungsbehörde über die geplante Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets haben, und wie bewertet die Staatsregierung hinsichtlich § 51 Wasserhaushaltsgesetz („Wohl der Allgemeinheit“) die vom Landrat beauftragte und unterstützte sowie vom Umweltausschuss des Landkreises Würzburg am 17.11.2023 angenommene Beschlussvorlage des Landratsamtes als „Stellungnahme des Landkreises Würzburg zum geplanten Wasserschutzgebiet Zeller Quellstollen“¹ unter anderem mit den Forderungen, dass der notwendige Schutz der Trinkwasserversorgung „mit einer uneingeschränkten Entwicklung des Landkreises“ einhergehen müsse, verbunden damit, dass „wichtige Projekte [...] nicht verhindert“ werden dürfen und der Mehraufwand für die Verwaltung durch Vorschriften zum Wasserschutz „auf ein Minimum reduziert“ werden solle?

¹ www.landkreis-wuerzburg.de/

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sieht die Staatsregierung es für möglich an, dass der Bayernfonds auch in diesem Jahr und weiteren Jahren Kredite aufnehmen kann, wenn eine Beteiligung an einem bereits unterstützten Unternehmen erhöht werden sollte, wie es in Art. 11 Abs. 2 Bayernfonds- und Finanzagentur-Gesetz (BayFoG) vorgesehen ist, und wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage könnte diese Kreditaufnahme außerhalb einer Notlage nach den Regeln der Schuldenbremse durchgeführt werden?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist es nach Ansicht der Staatsregierung nach der geltenden Satzung der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) gewährleistet, dass in den Aufsichtsrat der BaySF, der eine wichtige Rolle in der Festlegung der Leitlinien für die Bewirtschaftung hat, keine Aufsichtsräte bestellt werden, die zeitgleich eine herausgehobene Stellung in Vereinen oder Verbänden haben, und was unternimmt die Staatsregierung um mögliche Interessenskonflikte von Aufsichtsräten im Grundsatz auszuschließen?

Holger Griebhammer
(SPD)

Da im Staatshaushalt 2023 Kap. 13 19 „Sonderfonds Corona-Pandemie“ neben einem Gesamtschuldenstand zum 31.12.2022 (in Anspruch genommene Kreditermächtigungen 2020, 2021 und 2022) in Höhe von 10.209.500,0 Tsd. Euro auch verbleibende Kreditermächtigung von 7.665.398,0 Tsd. Euro sowie ein maximaler Gesamtschuldenstand zum 31.12.2023 von 17.874.898,0 Tsd. Euro ausgewiesen werden, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen wurden Kreditermächtigungen in Höhe von rund 7,7 Mrd. Euro aus den Vorjahren übertragen, in welcher Höhe wurden diese im Jahr 2023 in Anspruch genommen (bitte Verwendungszwecke angeben) und wann sollen die Kreditermächtigungen nach Auffassung der Staatsregierung gelöscht werden?

Sabine Gross
(SPD)

Bezugnehmend auf die Ablehnung der Reform des Straßenverkehrsgesetzes durch den Freistaat im Bundesrat am 24.11.2023 frage ich die Staatsregierung, warum der Reform des Straßenverkehrsrechts inhaltlich nicht zugestimmt wurde, wie die Staatsregierung dem Wunsch vieler Kommunen, die Geschwindigkeitsreduzierung innerorts zu vereinfachen und mehr Handlungsspielraum hinsichtlich der Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Sicherheit und Gesundheit aller Menschen sowie der städtebaulichen Entwicklung zu erlangen, gerecht werden möchte und wie es mit der Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrs-Ordnung aus der Sicht der Staatsregierung weitergehen soll?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Da die Signa Holding GmbH des österreichischen Investors René Benko zahlungsunfähig ist, nach Mitteilung des Handelsgerichts Wien der Signa Holding ein Sanierungsverfahren unter Eigenverwaltung gestattet wurde und lt. Medienberichten eine Reihe von deutschen Landesbanken von der Insolvenz über Kreditvergabe betroffen sind, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe insgesamt hat die BayernLB Kredite an die Signa Holding

bzw. an Unternehmen der Holding vergeben, in welchen Umfang hat die BayernLB Risikovorsorge für diese Kredite (insbesondere vor dem Hintergrund einer möglichen und tatsächlich eingetretenen Zinswende) vorgenommen und wie bewertet die Staatsregierung das maximale Ausfallrisiko für die BayernLB?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Festmeter Holz bislang jeweils monatlich und im gesamten Jahr 2023 von den Bayerischen Staatsforsten an die Ilim Timber Unternehmensgruppe geliefert wurden und wie viele Festmeter Holz jeweils im gleichen Zeitraum monatlich und jährlich von den Bayerischen Staatsforsten an alle ihre Kundinnen und Kunden geliefert wurden?

Andreas Jurca
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was sie zu unternehmen gedenkt, damit arbeitslose, schwerbehinderte Menschen auf dem Ersten Arbeitsmarkt leichter eine Arbeit finden können, welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um behinderte Menschen aus den Werkstätten in den Ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln und wieso gibt es nach Ansicht der Staatsregierung für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen keinen gesetzlich verankerten Mindestlohn?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Bürgergeldempfänger (bzw. vergleichbare Leistungen vor Einführung des Bürgergeldes) mit Migrationshintergrund im Freistaat in den Jahren 2010 bis 2023 pro Jahr entwickelt (bitte tabellarisch auflisten), wie viel Prozent der Personen im Freistaat, die seit 2015 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, beziehen Bürgergeld oder andere Leistungen (beispielsweise nach Asylbewerberleistungsgesetz) und welche finanziellen Mittel (Angabe bitte in Euro) wurden im Jahr 2022 dafür verwendet, Beratungsangebote für Asylbewerber zu schaffen, die darauf gerichtet sind, diese zu beraten, wie man Leistungen in Anspruch nehmen kann?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung in ihrem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 vorgesehen hatte, 400 Mio. Euro aus der Kreditaufnahme des Corona-Fonds für die sogenannte Hightech Agenda Plus zu verwenden, teilweise für Investitionen, teilweise für sonstige Ausgaben (siehe Erläuterungen zu Art. 2a Haushaltsgesetz 2021) und der Entwurf in diesem Punkt Gesetz wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie dieses Vorgehen im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 – 2 BvF 1/22 in Hinblick auf den vom Verfassungsgericht geforderten Veranlassungszusammenhang zwischen der Kreditaufnahme und der Coronapandemie bewertet, wo genau der Zusammenhang bestanden haben soll, der zu diesem Gesetzentwurf führte, wenn mit der Kreditaufnahme die bereits vor der Coronapandemie begonnene Hightech Agenda weiterfinanziert werden sollte, und wie dieses Vorhaben mit Art. 109 Abs. 2 des Grundgesetzes und Art. 82 der Bayerischen Verfassung jeweils in Einklang zu bringen ist?

Andreas Krahl

Vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl von Atemwegser-

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

krankungen und Rekordzahlen bei den Krankschreibungen frage ich die Staatsregierung, wie ist Bayern bei der Versorgung der Bevölkerung mit Antipyretika, Antibiotika und anderen notwendigen Medikamenten für die Erkältungssaison aufgestellt, sind Arzneimittellengpässe zu befürchten (bitte ggf. auch auf betroffene Bereiche eingehen) und was unternimmt die Staatsregierung dagegen?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Rückmeldungen der Corona-Hilfeempfängerinnen und -empfänger stehen derzeit noch aus, wie viele sind bereits eingegangen und in welcher Höhe wurden bisher Rückzahlungen geleistet (bitte nach Bezirk und Corona-Hilfen-Kategorie wie Stipendium, Bayerische Soforthilfe, Bundessoforthilfe, Soloselbständigenhilfe etc. tabellarisch aufgeschlüsselt angeben)?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wird die Bedarfsplanung für die im Rahmen des Hochwasserschutz Aktionsprogramm Schwäbische Donau geplanten Rückhalteräume an sich verändernde klimatische Bedingungen angepasst und inwieweit ist zu erwarten, dass im weiteren Verlauf der Planungen und Umsetzungen des Aktionsprogramms ausgehend von den ursprünglichen Planungen eine Vergrößerung oder Verkleinerung der Rückhalteräume und Deiche vorgenommen wird (bitte etwaige Veränderungen nach Rückhalte-Projekten aufschlüsseln)?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Posten/Bereiche im bayerischen Staatshaushalt sind aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 zur Verfassungswidrigkeit des Gesetzes über den Zweiten Nachtragshaushalt 2021 von einer fehlenden Kofinanzierung (laut Staatsminister Hubert Aiwanger in Höhe von rund 1,3 Mrd. Euro) betroffen (bitte detailliert auflisten), in welchen Bereichen (z. B. Strompreise, Wohnungsbau etc.) sind Bürger und Unternehmen in Bayern von den fehlenden Mitteln aus dem Klima- und Transformationsfonds und aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds betroffen (bitte detailliert auflisten) und unterstützt Staatsminister Hubert Aiwanger die Reform der sogenannten Schuldenbremse?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele ausländische Personen im Zeitraum von 2020 bis 2022 aufgeschlüsselt nach ihren Aufenthaltsrechtlichen Status (soweit möglich) jeweils in den Kreisen in der Oberpfalz wohnen, wie viele dieser Landkreise jeweils noch an Aufnahmekapazitäten zur Verfügung haben (bei der Annahme, dass die aktuellen Personen vor Ort und in den aktuellen Unterkünften bleiben) und welche fixen sowie laufenden Kosten ein Wohncontainer für Flüchtlinge verursacht?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, über welche Kenntnisse verfügt sie bezüglich Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sowie sämtlicher damit in Verbindung stehender Delikte (Nötigung, Erpressung, Körperverletzung usw.) im Zeitraum der letzten zehn Jahre im Bereich der Stadt Weiden i. d. OPf. (bitte aufgeschlüsselt

nach Jahr, Herkunft/Staatsangehörigkeiten der Täter/Opfer und Tatort)?

Ferdinand Mang
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Größe hat das in Erbpacht erworbene Grundstück im Münchner Werksviertel, auf dem das neue Konzerthaus entstehen soll, welche Nutzungsmöglichkeiten sind dort laut Bebauungsplan vorgesehen und welche Möglichkeiten bestehen laut Erbpachtvertrag, das Vertragsverhältnis zu ändern bzw. aufzuheben?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die Spitzenlast in Bayern am Tag des 02.12.2023 (in Gigawatt), wie viel von dieser Spitzenlast wurde am Tag des 02.12.2023 von jedem der bayerischen Energieträger grundlastfähige Kohle, Gas, Öl, Laufwasserkraft, Pumpkraftspeicher, Geothermie, Biomasse, Müllverbrennung sowie volatile Photovoltaik und Wind (in Gigawatt) und wie viel von dieser Spitzenlast wurde am Tag des 02.12.2023 durch Stromimporte bereitgestellt (in Gigawatt)?

Harald Meußgeier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen plant die Staatsregierung, um den Betrieb von Schlachthöfen in Oberfranken aufrechtzuerhalten und zu unterstützen, sind am Standort Kronach konkrete Maßnahmen geplant und wie will die Staatsregierung mögliche Betriebsschließungen wie bereits in Coburg und Kronach erfolgt und eventuell in Bamberg bevorstehend verhindern?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass Kommunen EU-Bürgerinnen und -Bürger bei Obdachlosigkeit eine ordnungsrechtliche Unterbringung grundsätzlich und insbesondere im Rahmen von Winternotprogrammen – beispielsweise durch Ausweiskontrollen – verwehren können, was ist die rechtliche Grundlage hierfür und welche Auffassung vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf Hilfen für EU-Bürgerinnen und -Bürger bei freiwilliger und unfreiwilliger Obdachlosigkeit?

Johann Müller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was ihre Position zum sog. „Schäden-und-Verluste“-Fonds, der auf der Weltklimakonferenz in Dubai angekündigt wurde, ist, was ist die Position der Staatsregierung zu Deutschlands Spende in Höhe von 92 Mio. Euro an diesen Fonds und hält die Staatsregierung es für angebracht, die Schuldenbremse auszusetzen, um unter anderem solche Spenden zu finanzieren?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Sälen finden – ggf. nach ihrer Kenntnis – die Proben der wichtigsten in München beheimateten Orchester (Münchner Rundfunkorchester, Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks, Münchner Philharmoniker, Bayerisches Staatsorchester usw.) statt, wie viele Proben finden jeweils vor den angesetzten Konzerten in den jeweiligen (Stamm-)Konzertsälen statt und wie viele Konzerte mit eigenständigem Programm gaben diese Orchester jeweils in den vergangenen fünf Jahren?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach ihrer Ansicht Art. 66 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes die Entsendung von mehr als einer Vertreterin bzw. einem Vertreter nach den Nrn. 1 und 2 in Berufungsausschüsse erlaubt, sofern dabei die Stimmenmehrheit der Hochschullehrerinnen und -lehrer gewahrt bleibt?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Insolvenz der Signa Holding frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist das Gesamtinvestitionsvolumen der Bayerischen Versorgungskammer in Projekte der Signa-Unternehmensgruppe, in welche Projekte hat die Bayerische Versorgungskammer konkret investiert und welche Sicherheiten sind für die Investitionen hinterlegt?

Doris Rauscher
(SPD)

Anknüpfend an die Anfrage zum Plenum vom 23.01.2023 (Drs. 18/26232) frage ich die Staatsregierung, wie viele Stunden für die Umsetzung des Vorkurses Deutsch wurden den Grundschulen in Bayern zum Schuljahr 2022/23 zugewiesen und wurden umgesetzt, wie hat sich die Stundenzuweisung und die Stundeninanspruchnahme im Vergleich zum Vorjahr entwickelt und sollte es zu einer geringeren Stundenzuweisung und einer geringeren tatsächlichen Stundenumsetzung in diesem Schuljahr gegenüber den Vorjahren gekommen sein, welche Gründe liegen diesem Umstand zugrunde?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet der Wortlaut des Organisationsgutachtens im Konkreten, das vom damaligen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege im April 2023 innerhalb eines Fünf-Punkte-Plans zur Verbesserung des Schutzes von Bewohnerinnen und Bewohnern vollstationärer Pflegeeinrichtungen beauftragt wurde und welches unter Beteiligung der Regierungen und Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen erstellt werden sollte, wird im Gutachten auch Bezug auf mögliche Missstände in teilstationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen und deren Umgang bei schwerwiegenden Verstößen genommen und welche konkreten Maßnahmen der Staatsregierung sind die Folge des Gutachtens?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Da die Signa Holding GmbH des österreichischen Investors René Benko zahlungsunfähig ist, nach Mitteilung des Handelsgerichts Wien der Signa Holding ein Sanierungsverfahren unter Eigenverwaltung gestattet wurde und laut Medienberichten der Freistaat 2013 die Alte Akademie in der Münchner Fußgängerzone im Erbbaurecht für 65 Jahre an die Signa übergeben hat (für die rund 30 000 Quadratmeter soll die Signa rund 240 Mio. Euro bezahlt haben) frage ich die Staatsregierung, welche weitere Liegenschaften hat der Freistaat ggf. der Signa Holding oder Unternehmen der Holding überlassen, welche Folgen hat das Insolvenzverfahren für das Erbbaurecht bei der Alten Akademie und ggf. welche Folgen für weitere von der Insolvenz betroffene Liegenschaften des Freistaates?

Franz Schmid

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Pflege- und Seniorenhei-

(AfD)

me werden derzeit zur Unterbringung von Asylbewerbern in Bayern genutzt (bitte die Anzahl nach Landkreis und Anzahl der Asylbewerber auflisten), für welche Pflege- und Seniorenheime in Bayern gibt es derzeit Pläne, diese als Unterkunft für Asylbewerber zu nutzen (bitte nach Landkreis, Pflege- und Seniorenheim und Unterbringungskapazitäten auflisten) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um eine Unterbringung von Asylbewerbern in Pflege- und Seniorenheimen zu vermeiden?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was genau meinte Staatsminister Hubert Aiwanger mit der Aussage „Am Ende werden wir den Spessart zu Tode geschützt haben, er wird aussehen wie der Bayerische Wald“ (in der BR-Sendung „jetzt red i“ vom 29.11.2023), wie steht der für Staatsforsten zuständige Staatsminister zu der Regelung in Art. 12a Abs. 2 des Bayerischen Waldgesetzes, wonach im Staatswald ein grünes Netzwerk eingerichtet wird, das 10 Prozent des Staatswaldes umfasst und aus naturnahen Wäldern mit besonderer Bedeutung für die Biodiversität besteht (Naturwaldflächen), in denen keine Bewirtschaftung und keine Holzentnahme stattfindet, und welche Änderungen plant die Staatsregierung hinsichtlich der Naturschutzvorhaben und Nachhaltigkeitsprogramme bei den Bayerischen Staatsforsten?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Kosten der Landesausstellungen seit 2013 (bitte nach jeweiliger Ausstellung aufschlüsseln sowie Anteil der Finanzierung durch den Freistaat in Euro jeweils angeben), welche Finanzierungskonzepte gab es für die Landesausstellungen, die an mehreren Standorten stattfanden (bitte Drittmittelgeber, kommunale Eigenanteile bzw. eingeflossene Förderungen angeben), und wie bewertet die Staatsregierung die Anregung von Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume in seinem Abschlussbericht zum Antrag Drs. 18/30127 „Römerland Bayern – Die Landesausstellung für 2028“ vom 22.11.2023, dass „ergänzende staatliche Projektförderung (insbesondere durch den Kulturfonds Bayern) in Betracht“ kommen könnte, insbesondere vor dem Hintergrund, dass laut Pressemitteilung von Staatsminister Markus Blume vom 05.12.2022 bis zu 1 Mio. Euro aus dem Kulturfonds bereits in die Sicherheit von Museen fließen soll und mit Blick auf den Kulturfonds als wichtiges Finanzierungsinstrument von Kultur im ganzen Land, insbesondere auch der Freien Szene und nicht öffentlich geförderter Kunst und Kultur unter Berücksichtigung der angespannten kommunalen Haushalte?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Corona-Hilfeempfängerinnen und -empfänger wurden mit Zinsforderungen konfrontiert, weil sie Widerspruch gegen die Rückforderungen eingelegt haben, wie wurde mit den Widersprüchen in den einzelnen Bezirken umgegangen, in denen keine Zinsen gefordert wurden, und wie stellt sich das Verhältnis der Gesamtsumme des insgesamt zurückgeforderten Betrags (also die Summe aller Rückforderungen) und des bereits zurückgezahlten Betrags (also die

Summe aller bisherigen Rückzahlungen) an Corona-Soforthilfen dar?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf das Durchschnittsalter von 16,9 Jahren beim äußeren Coming-out zur sexuelle Orientierung, dem durchschnittlich eine 1,4- bis 2,9-jährige innere Coming-out-Phase vorangeht sowie auf das Durchschnittsalter von 18,3 Jahren beim äußeren Coming-out zur geschlechtlichen Identität, dem durchschnittlich eine 3,5- bis 6,8-jährige innere Coming-out-Phase vorangeht und bezugnehmend auf die Tatsache, dass 69,9 Prozent der Personen einer nicht-heterosexuellen Orientierung diese vor ihrem 18. Geburtstag feststellen und 63,7 Prozent der Personen einer nicht cis-geschlechtlichen Identität dies vor ihrem 18. Geburtstag feststellen (vgl. Studie „Coming-out – und dann...?!“, Deutsches Jugendinstitut, Krell/Oldemeier, 2015) frage ich die Staatsregierung, bei welchen der staatlich geförderten LSBTIQ*-Beratungsstellen das Mindestalter für Beratungsangebote auf 18 Jahre (oder höher) heraufgesetzt oder von Beginn an festgesetzt wurde, auf welcher Grundlage bzw. mit welcher konkreten Begründung diese Entscheidung getroffen wurde und durch welche Stellen und Träger künftig die Beratung queerer Menschen unter 18 Jahren erfolgen sollen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Einkommensorientierte Förderung (EOF) für den sozialen Wohnungsbau frage ich die Staatsregierung, wie hat sich die EOF in Bayern und speziell in Oberfranken in den letzten 10 Jahren bis zum Jahr 2023 entwickelt (aufgeschlüsselt nach Anzahl und Höhe der bewilligten Förderungen), wurden bzw. werden in den letzten 10 Jahren bis einschließlich das Jahr 2023 Anträge abgelehnt (aufgeschlüsselt nach Anzahl und nach Höhe der beantragten und nicht bewilligten Förderungen) und ist es vorgesehen, den Fördertopf aufzustocken, um im Jahr 2024 und in den folgenden Jahren Förderanträge nicht erneut ablehnen zu müssen?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche finanziellen Fördermöglichkeiten gibt es für private oder öffentliche Skiliftbetreiber in Bayern und an welche Voraussetzungen sind diese Fördermittel geknüpft?

Ramona Storm
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie gedenkt, die geplante wöchentliche „Verfassungsviertelstunde“ konkret in die vorgegebenen Wochenstundenpläne der staatlichen Schulen zu integrieren, wie die Staatsregierung zum Vorschlag des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege steht, einen „Morgenimpuls für Gemeinsinn“ einzuführen und wie gedenkt die Staatsregierung, die Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volke in der „Verfassungsviertelstunde“ zu entfachen, vor dem Hintergrund, dass in Art. 131 der Bayerischen Verfassung steht: „Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen“?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sind die bayerischen Schülerinnen und Schüler beim 29-Euro-Ticket berücksichtigt, und falls nicht, wann ist beabsichtigt, sie aufzunehmen?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf wie vielen der rund 11 000 staatlichen Dächer sind mittlerweile Photovoltaikanlagen installiert, wie viele der im November 2022 von Staatsminister Hubert Aiwanger im Rahmen des Energie- und Wasserstoffhaushaltes in Höhe von 500 Mio. Euro angekündigten 50 Elektrolyseure für grünen Wasserstoff sind derzeit tatsächlich in Planung und sind die im November 2022 angekündigten 10 Mio. Euro Forschungsgelder für Geothermie mittlerweile in das petrothermale Forschungsprojekt EGS (Enhanced Geothermal Systems) im Raum bei Bamberg/Haßfurt/Coburg für den Projektstart investiert, bei der nun bereits die dritte Phase hintereinander mit Voruntersuchungen verbracht wurden, ohne in die eigentliche Umsetzung des Pilotprojekts einzusteigen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Laufzeit hat die Staatsregierung derzeit Vereinbarungen oder Verträge mit DITIB oder sonstigen Islamischen Organisationen in ihrer Eigenschaft als Religionsgemeinschaft oder in ihrer Eigenschaft als Träger einer sozialen oder kulturellen Organisation (bitte Datum der Unterzeichnung und Ablaufdatum spezifisch nennen), in welcher Höhe schließen diese Vereinbarungen oder Verträge institutionelle oder projektbezogene Förderung mit ein und welchen Inhalt behandeln die Vereinbarungen oder Verträge darüber hinaus?

Matthias Vogler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wird sich die Staatsregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass bei der laut Medien (durch die Ampelregierung) geplanten Angleichung der Kraftstoffbesteuerung von Dieselkraftstoff auf das Niveau von Ottokraftstoff (derzeit gut 18 Cent Unterschied) ebenfalls die Kfz-Steuer von Dieselfahrzeugen (welche durch den subventionierten Kraftstoffpreis höher ausfällt) ebenfalls auf das Benzinerniveau angeglichen wird und die ebenfalls subventionierten Elektrofahrzeuge (derzeit steuerfrei), wie auch die der ausländischen Fahrzeuge (wie z. B. der Ukrainer usw.), gleichberechtigt zum Steueraufkommen beitragen werden?

Ruth Waldmann
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung Ende 2022 „Springerpools für 30 Einrichtungen“ im Rahmen eines Modellprojekts „Springerkonzept in der Pflege“ ankündigte und der damalige Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek den Start im Juli 2023 verkündete, frage ich die Staatsregierung, wann die Springerpools tatsächlich starten werden, inwieweit im Rahmen des Projekts zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden können und welche Auswirkungen das Projekt aus Sicht der Staatsregierung auf die Stammebelegschaft in der Pflege haben wird?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Ziel „gentechnikfreies Bayern“ für die Staatsregierung nach wie vor Gültigkeit hat, wie sichert die Staatsregierung angesichts der neuen genomischen

Techniken die Gentechnikfreiheit von Lebensmitteln aus Verbraucherschutzsicht und wie gedenkt die Staatsregierung, auch angesichts der neuen genomischen Techniken, die Koexistenz von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft sicherzustellen?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger dem Seilbahnbetreiber an der Kampenwand bereits zehn Mio. Euro an staatlichen Zuschüssen in Aussicht gestellt hat, frage ich die Staatsregierung, wann und in welchem Gremium wurden diese Mittel genehmigt und wie wirkt sich diese Zusage aus, nachdem am 22.11.2023 das Verwaltungsgericht die Genehmigung des Landratsamts für die Erneuerung der Bahn aufgehoben hat (Vgl.: M. Köpf, Süddeutsche Zeitung, 22.11.23)?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die aktuelle Entwicklung der Inflation in Bayern bewertet, rechnet die Staatsregierung mit einem Anstieg der Preise für leitungsgebundene Energieträger und rechnet die Staatsregierung mit einem Anstieg der Preise für nichtleitungsgebundene Energieträger?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wieso blockierte die CSU/FW-Staatsregierung eine Neuregelung des Straßenverkehrsgesetzes im Bundesrat, die beispielsweise Kommunen erleichtern würde, innerorts als Tempobegrenzung 30 Stundenkilometer auszuweisen, wie erklärt die CSU/FW-Staatsregierung diese Blockade für mehr kommunale Entscheidungsspielräume gegenüber den über 1 000 Kommunen der Initiative Lebenswerte Städte und Gemeinden, von denen sich viele in Bayern befinden, und hat sich die CSU/FW-Staatsregierung vom Ziel „Vision Zero“ – keine Toten im Straßenverkehr – verabschiedet, wenn sie selbst einfache Maßnahmen wie optionale Geschwindigkeitsbeschränkungen innerorts ablehnt, auch wenn damit die Schwere der Verletzungen massiv gemindert werden kann und die Sicherheit im Straßenverkehr für alle Verkehrsteilnehmenden erhöht würde?